



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

4. Sitzung vom 05. Dezember 2016

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.10 Uhr

Leitung: Susanne Tribolet (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Stefan Kaiser, Gabriela Vetsch

Verspätet:

Präsidentin:

Susanne Tribolet

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur letzten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Sie begrüsst die Einwohnerrät/innen, den ganzen Gemeinderat, Pressevertreter/innen, Vertreter/innen der Verwaltung und natürlich das anwesende Publikum.

Entschuldigt sind Gabriela Vetsch, SP und Stefan Kaiser, FDP.

Mitteilungen der Präsidentin

Letzten Freitag hat Stefan Kaiser bei der Präsidentin seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende 2016 eingereicht. Er ist beruflich häufig unterwegs – das ist auch der Grund, weshalb er heute Abend nicht anwesend ist – und hat sich darum gezwungen gesehen, seinen Austritt zu geben. Stefan Kaiser ist seit April 2007 im Einwohnerrat. Er war vom Juli 2008 bis Juni 2016 Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK). Zudem war er in Spezialkommissionen: zum einen in der Spezialkommission Tagesschule im 2007/2008 und seit Januar 2016 in der Spezialkommission Personalrecht. Das heisst, die FDP wird dort gelegentlich noch einen Nachfolger bekannt geben. Stefan Kaiser war vom Sommer 2012 bis 2013 Vizepräsident des Einwohnerrats und das Jahr darauf, also bis im Sommer 2014, Einwohnerratspräsident. Der Präsidentin ist er aufgefallen durch seine scharfsinnigen und klaren Voten. Andere Redner konnten ihm nichts vormachen, er war sehr aufmerksam und aktiv. Sie bedauert den Rücktritt von Stefan Kaiser und dankt ihm im Namen des Einwohnerrats und der Gemeinde für seinen Einsatz, welchen er über die ganze Zeit – es waren doch fast 10 Jahre – geleistet hat. Er wird ein Geschenk erhalten, wie das üblich ist. Da er nicht anwesend ist, wird das Geschenk per Post zugestellt.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen):

Nr. 26, Anfrage U. Weber, SVP: Stand der Planungen rund um den Werkhof

Nr. 27, Motion R. Bänziger, Grüne: Totalrevision Vergütungsreglement

Nr. 28, Motion SP-Fraktion: Mittagstisch für alle

Nr. 29, Motion SP-Fraktion: Kostenlose Zolli-Eintritte für Schulklassen

Nr. 30, Interpellation S. Inäbnit, FDP: Stiftungsrat Alters- und Pflegeheime Binningen – wie weiter?

Gaida Löhr, SP möchte zwei Sätze zur Motion „Kostenlose Zolli-Eintritte für Schulklassen“ sagen. Nach Einreichen der Motion hat sie gehört, dass im Landrat ein Budgetpostulat zum Thema hängig ist. Selbstverständlich würde die Votantin die Motion zurückziehen, wenn im Landrat entschieden wird, dass der Zolli-Eintritt bleibt.

Zu den restlichen eingereichten Vorstössen wird keine Stellung genommen. Die Anfrage wird am Schluss der Sitzung durch den Gemeinderat beantwortet.

1. **Genehmigung des Protokolls vom 07.11.2016**
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.09.2016 **19**
Budget 2017, Leistungsaufträge 2017, Finanzplan 2018-2021
Geschäftskreisführung: Christoph Anliker
Bericht der GRPK zum Budget 2017 **19A**
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2016 **24**
Schulraumplanung, Dringend notwendige Provisorien ab Sommer 2017
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein
4. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 05.11.2016 **183/XI**
Teilrevision Parkraumreglement, Bericht der BPK
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.09.2016 **203/XI**
Teilrevision Vergütungsreglement, 2. Lesung
Geschäftskreisführung: Mike Keller
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2016 **25**
Legislaturprogramm 2016-2020
Geschäftskreisführung: Mike Keller
7. **Diversa**

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 07.11.2016

Präsidentin Susanne Tribolet, SP erläutert, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Das Büro hat das Protokoll letzten Freitag genehmigt.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 19 und 19A

Budget 2017, Leistungsaufträge 2017, Finanzplan 2018-2021 Bericht der GRPK zum Budget 2017

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP stellt den Bericht der GRPK zum Budget 2017 vor.

Zuerst möchte er im Zusammenhang mit dem Budget danken, nämlich dem Gemeinderat Christoph Anliker vom Geschäftskreis Finanzen und Steuern und Ingrid Haldimann für ihre grosse Arbeit. Natürlich bedankt er sich auch bei seinen hochgeschätzten Kolleginnen und Kollegen der GRPK, allen voran den Präsidentinnen und Präsidenten der Subkommissionen für die umfangreichen Untersuchungen in Hinblick auf den Budgetbericht. Zudem geht sein Dank an alle am Budgetprozess beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung und schliesslich auch an den Gemeinderat, seinen Mitgliedern, für die kompetente Auskunftserteilung vor den teilweise scharfen Fragen der Subkommissionen. Der Votant denkt, es wurde eine saubere Arbeit geleistet, welche heute Abend zusammen mit dem konkreten und umfangreichen Budget dem Parlament vorgelegt werden konnte. Die Anwesenden haben die ausführlichen Unterlagen, nämlich das Budget selbst und den Bericht der GRPK, erhalten.

Der GRPK-Präsident möchte einige Punkte herausgreifen, welche der GRPK insgesamt und dem Präsidenten persönlich wichtig sind. Vorweg: Die GRPK nimmt sich die Freiheit, über das ganze Jahr verteilt, wenn notwendig, beim Gemeinderat und der Verwaltung zu den einzelnen sogenannten Produktgruppen zu intervenieren, um in konstruktiver - das möchte der Redner betonen - Manier und in Form der Subkommissionsstruktur Abweichungen zu lokalisieren und entsprechend notwendige Anpassungen zu veranlassen. Das Budget ist ziemlich ausgeglichen. Wie man lesen kann, ist das eine Folge von nicht getätigten Investitionen und der im Dezember 2014 beschlossenen Steuererhöhung von 46 auf 48 Prozent. Auf das Instrument der Schuldenbremse in § 41 der Gemeindeordnung geht der Redner hier nicht näher ein. Er geht davon aus, den Mitgliedern des Einwohnerrats sei ihr eigener Beschluss der letzten Sitzung noch bekannt, wonach man mit einer Revision des Finanzreglements die Konformität mit den neuen Rechnungslegungsvorschriften HRM2 erreichen möchte. Dies bis im Sommer 2017. Wirksam soll das Ganze in Hinblick auf die Budgetierung 2018 werden.

Zur Ausgangslage ist zu bemerken, dass Binningen für das laufende Jahr geringere Steuereinnahmen erwartet als 2015. Die Gründe dafür liegen in der Pensionierung und im Wegzug von guten Steuerzahlern. Juristische Personen tragen nur einen relativ kleinen Teil zum gesamten Steuersubstrat bei. Unbefriedigend ist allerdings, dass die Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes negative Auswirkung zeigen, insofern, dass wegen der ausserordentlich hohen Steuerkraft Binningens gesamthaft eine entsprechend hohe Nettobelastung von 11,3 Mio. Franken an den Finanzausgleich besteht. Das vorläufige Fazit ist,

dass trotz der im Mittel über die letzten Jahre immer noch steigenden Steuereinnahmen, nur rund 30 Prozent dieses Geldes in Binningen verbleibt. Besonders wichtig ist für die GRPK auch die Schulraumplanung und die Testplanung Dorf. Nachdem man im laufenden Jahr einen Grundsatzentscheid gefällt hat für einen Planungskredit, ist die GRPK der Meinung, dass man die Schulraumplanung nun mit erhöhtem Tempo vorantreiben müsse. Gleichzeitig darf man die Dorfzentrumsplanung nicht aus den Augen verlieren. Der GRPK-Präsident möchte auszugsweise auf einzelne Produktgruppen und besonders wichtige Punkte eingehen.

Produktgruppe 1: Einwohnerdienste und Aussenbeziehungen

Die GRPK respektiert natürlich § 28 der Gemeindeordnung und die autonome Geschäftskreiszuteilung an die einzelnen Gemeinderatsmitglieder. Die Kommission legt aber gesteigerten Wert darauf - und damit wird sie sich noch diese Woche befassen -, dass die politischen Verantwortlichkeiten der einzelnen Gemeinderäte - anders als es teilweise im vorliegenden Budgetbericht 2017 der Fall ist - mit den Unterlagen, sprich mit den Organigrammen, welche ausgehändigt werden, übereinstimmen. Es geht dabei auch um Transparenz und Vertrauen zwischen den arbeitenden Gremien des Parlaments einerseits, konkret der GRPK, und der Exekutive zusammen mit der Verwaltung andererseits. Die GRPK wird diese Fragen rasch klären. Als Präsident der GRPK kann der Votant nur sagen: Missverständnisse und fehlende Informationen hemmen natürlich effiziente Arbeit und es ist, das sei einmal mehr betont, Milizarbeit. Aber er möchte auch entlastend betonen, die GRPK unterstelle niemandem bösen Willen. Ganz persönlich erachtet der Votant die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Verwaltung und GRPK als gut. Wichtig ist es für die GRPK auch, dass sie weiss, wie es mit der Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) weiter geht. Die Kommission verweist dazu auf ein seit dem 29.04.2014 hängiges Postulat. In diesem Kontext wird sich die GRPK noch vertieft mit der Personalpolitik und Ressourcenplanung - Stichwort: Outsourcing, das bedeutet Auslagerung von gewissen Arbeiten - der Verwaltung befassen und möchte, dass auch diesbezüglich bald Klarheit herrsche.

Produktgruppe 3: Gesundheit

Die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen wissen, dass die Spitex das APH Schlossacker per Ende 2016 verlässt. Daraus resultiert einerseits eine erfreuliche Aufwandminderung von rund vier Prozent bei den Mietkosten. Was der GRPK aber etwas sauer aufstösst ist – und das möchte die Kommission hier betont haben -, dass ein Dilemma besteht zwischen der angestrebten Wirtschaftlichkeit des Altersheims, sprich hohe Auslastung, und dem Anspruch, dass die Angehörigen möglichst lange zuhause gepflegt werden können, um Kosten zu sparen. Das Dilemma scheint nicht gelöst zu sein.

Produktgruppe 5: Bildung

Hier gab es längere, unerfreuliche Diskussionen, auch in der GRPK, betreffend längeren Wartelisten beim Mittagstisch der Primarschulen. In einer neuen Zielformulierung heisst es, die Warteliste soll nicht mehr als fünf Kinder pro Tag und Standort betragen. Allerdings sind es jetzt etwa 20 Kinder. Das muss zu Denken geben. Die GRPK erwartet vom zuständigen Gemeinderatsmitglied, dass er dieses Problem bald in den Griff bekommt. Das ist nicht zuletzt imageschädigend für die Gemeinde und nach dem Erachten der GRPK auch eine unverdiente Bestrafung von steuerzahlenden Familien, welche von diesem Angebot ungehindert Gebrauch machen möchten und, abgesehen davon, dafür bezahlen.

Produktgruppe 7: Soziale Dienste

Weiterhin unbefriedigend ist in Bezug auf die Produktgruppe Soziale Dienste ein sehr hoher Sozialaufwand. Die Erhöhung des Sozialhilfe-Aufwandes zwischen letztem und aktuellem Budget beträgt für die privaten Haushalte 800 000 Franken. Das ist ein Plus von knapp 10 Prozent. Die Gesamt-Erhöhung liegt bei rund 893 000 Franken. Zum Vergleich: Der Kanton Baselland gibt pro Einwohner und Jahr 229 Franken aus. In Binningen sind es aber 321 Franken pro Einwohner. Wenn man die konkreten Zahlen anschaut, ist die Begründung des Gemeinderats, in welcher er schreibt, es sei eine leichte Zunahme, natürlich nichts anderes als eine Verharmlosung oder Beschönigung. Aber es sei objektiverweise bemerkt, dass es offenbar eine Tatsache ist, dass man diese Auslagen nicht so einfach nach unten korrigieren

kann. Wer im Speckgürtel lebt - und das sind wir hier -, hat offenbar auch mit hohen Sozialausgaben zu rechnen, unter anderem wegen der geografischen Nähe zum Ballungsgebiet Basel-Stadt. In den städtischen Agglomerationen und Zentren sind die Sozialausgaben immer sehr hoch.

Produktgruppe 8: Verkehr, Strassen

Neu arbeitet man für den baulichen Werterhalt der Gemeindestrassen mit einem Strassenzustands-Index gemäss der Vereinigung der Schweizer Strassenfachleute. Das findet die GRPK in Ordnung und hofft aber gleichzeitig, mit den budgetierten Mitteln sei der Unterhalt der Gemeindestrassen sichergestellt. Betreffend Parkraumbewirtschaftung bedeuten die erwarteten 480 000 Franken an Gebühreneinnahmen aus der Teilrevision des Parkraumreglements eine falsche Annahme. Der Einwohnerrat wird noch über das entsprechende Reglement befinden. Da hier aber noch rechtliche Unsicherheiten bestehen, kann man folglich nicht mit diesen zusätzlichen Einnahmen rechnen. Deswegen hat die GRPK diesen Betrag wieder aus dem Budget gestrichen und wird entsprechend Antrag stellen.

Produktgruppe 9: Versorgung, Umwelt

Es ist die Frage, ob man in Binningen durch den GGA-Ausstieg tatsächlich Einsparungen in der Höhe von 300 000 Franken realisiert. Die GRPK ist hier teilweise auf dem Trockenen geblieben, aufgrund der Informationen und der erhaltenen Unterlagen. Die Kommission beantragt daher, die GGA-Spezialfinanzierung über die letzten fünf Jahre detailliert offen zu legen und zusammen mit der Rechnung 2016 auszuweisen. Es gibt auch noch pendente juristische Auseinandersetzungen. Rückstellungen dafür kann man nur tätigen, wenn ein entsprechender Betrag budgetiert wurde.

Produktgruppe 10: Hochbau und Ortsplanung

Der GRPK ist es wichtig, dass zusammen mit dem Gebäudeunterhalt auch der Werterhaltung der Immobilien mehr Beachtung geschenkt wird und, dass man das im Budget mit konkreten projektbezogenen Kreditvorlagen darstellt. Konkretes findet man im GRPK-Bericht unter der entsprechenden Produktgruppe.

Damit kommt der GRPK-Präsident zu den Anträgen. Er führt aus, dass bei den Anträgen der GRPK an den Einwohnerrat die Zahl von 70 000 Franken im Antrag 1 nicht stimme. Es handelt sich um 35 000 Franken, welche man an Aufwand streicht, weil man auf der Ertragsseite auch wieder 35 000 Franken von Bottmingen erhalten hätte. Beim Antrag 4 zur Parkraumbewirtschaftung gibt es auch eine kleine Korrektur. Es handelt sich dort nämlich um 465 000 Franken, welche man streicht, denn es gibt noch Aufwände in Höhe von 15 000 Franken. Der Votant möchte folgende Präzisierung zu Antrag 7 „Die vorgeschlagenen Leistungsaufträge werden unverändert genehmigt.“ angeben: Die GRPK hat sich mit den neu formulierten Leistungszielen befasst und hat sich die konkrete und ergebnisorientierte Diskussion seit Beginn der Legislatur auf die Fahnen geschrieben. Die Kommission wird sich noch diese Woche konkret damit befassen. Es ist aber so, dass sie die Beratung, trotz guten Willens, auf diese Budgetvorlage hin nicht fertig gebracht hat. Es geht nicht um sämtliche Ziele und es soll bei weitem nicht alles umgestossen werden. Man muss aber versuchen, offenkundige Meinungsverschiedenheiten auszuräumen. Für den Budgetprozess 2018 werden sicher konkretere Vorschläge und entsprechend modifizierte Leistungsziele vorliegen. Man muss dazu bemerken, dass die Leistungsziele zwischen den Budgetprozessen 2016 und 2017 teilweise geändert wurden. Die GRPK ist der Meinung, dass mit dieser Vorgehensweise für die Leistungszielüberprüfung im Frühjahr 2017 eine jetzige, politische Diskussion im Rat noch verfrüht wäre. Das ist zwar unbefriedigend, aber eine Debatte darüber hic et nunc ist nicht zielführend. Das Parlament wird sich mit Sicherheit zu einem späteren Zeitpunkt dazu äussern können. Zu den anderen Anträgen hat der GRPK-Präsident keine weiteren Bemerkungen. Er bedankt sich persönlich bei den Anwesenden für die Geduld und die Aufmerksamkeit. Die GRPK als Kommission dankt dem Einwohnerrat für die Genehmigung des Budgets - vor allem auch mit den Anträgen der GRPK - ohne grössere Konfrontationen.

Bettina Benthous, SP findet, das Parlament habe schon einen ausführlichen Bericht von Karl J. Heim gehört. Deswegen versucht sie, sich möglichst kurz zu fassen und die bereits gehörten Punkte nicht nochmals zu erwähnen. Binningen hat ein ausgeglichenes Budget, das wurde erwähnt. Da kommt bei der SP-Fraktion wieder das grosse Aber mit den vielen anstehenden Investitionen, welche noch nicht getätigt wurden. Im Bericht steht, dass die GRPK die Schuldenbremse, § 41, mehrheitlich beibehalten möchte. Es ist der SP immer wieder ein Anliegen, zu sagen, dass diese Schuldenbremse das Parlament eigentlich verhindert. Für Investitionen mit Mehrwertsrentabilität, also mit einem Gegenwert, müsste keine 2/3 Mehrheit notwendig sein. Eine 2/3 Mehrheit entspricht nicht ihrer Ansicht von Demokratie. Es bindet die Gemeinde im Budget zurück. Das Geschäft liegt jetzt beim Gemeinderat und die SP hofft, die Umarbeitung werde kein Verhinderungsparagraph werden.

Zur Ausgangslage: Dort steht, die Gemeinde habe wenig Einnahmen von juristischen Personen. Binningen hat wenig juristische Personen, obwohl die Gemeinde eigentlich die tiefsten Kapital- und Ertragssteuern im Kanton hat. Man war gegen die Überbauung des Stammareals. Sonst hätte man dort mehr Gewerbezone machen können und hätte heute vielleicht mehr Gewerbe in Binningen, anstelle teurer Eigentumswohnungen, welche sich kaum jemand leisten kann. Die Nachfrage nach günstigen, bezahlbaren Mietwohnungen steigt in Binningen.

Zu den einzelnen Produktgruppen: Bei der Produktgruppe 1 hat die Rednerin eine Anmerkung zu WOV. Es hat sie erstaunt, dass der Gemeinderat eine Angliederung der Kernprozesse an WOV beantragt, obwohl seit Jahren das Postulat zur Abschaffung von WOV hängig ist. Zur Einsparung von Personalkosten von 5 Prozent möchte sie anmerken, dass das Outsourcing gewisser Personalkosten nicht unbedingt billiger sei, sondern, dass dieser Aufwand dadurch einfach in irgendeinem Sachaufwand erscheine und eventuell gar nicht billiger werde. Es wird im Personal gespart, aber beim Sachaufwand weniger. Die Produktgruppe Bildung wurde vom GRPK-Präsidenten ausführlich erwähnt. Dort steht die Motion von Gaida Löhr an. Es kann nicht sein, dass 40 Kinder auf einen Mittagstischplatz warten. Ursprünglich hätte man bei 10 Kindern einen Mittagstisch eröffnet und jetzt stehen 40 auf der Warteliste. Das findet die Partei unbefriedigend. Zur Produktgruppe Strassen und Verkehr: Die Fraktion hat durch den für sie unbefriedigenden Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) zum Parkraumreglement zur Kenntnis genommen, dass immer noch keine Gebühr festgelegt wurde. Deswegen beantragt die SP, den Antrag 4 der GRPK zu streichen. Es ist noch nicht klar, wie hoch dieser Betrag sein wird. Zur Produktgruppe Hochbau und Ortsplanung: Die Fraktion hat etwas konsterniert zur Kenntnis genommen, dass der Instandhaltungsfaktor beim Unterhaltsbudget zu Gunsten einer projektbezogenen Kreditvorlage verschwunden ist. Der Einwohnerrat hat noch im Juni dieses Jahres im Liegenschaftsbericht der BPK die Erhöhung des Instandhaltungsfaktors von 0,9 auf 1,2 verabschiedet. Und jetzt ist er plötzlich ganz weg. Wenn man so etwas ändert, sollte man zumindest informieren. Die neuen projektbezogenen Kreditvorlagen sind nach Ansicht der SP ein „Gummi-Begriff“ und ein präzises Budgetieren ist kaum möglich. Die Fraktion ist gespannt auf die Vorlagen zur Sanierung der Binninger „Lotterbauten“ und das sind nicht nur Schulhäuser. Die Fraktion stimmt allen Anträgen der GRPK, ausser dem Antrag 4, zu.

Urs Brunner, SVP bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Gemeinderat für das vorliegende Budget 2017. Der Dank geht auch an die GRPK für die diversen Abklärungen, sowie an die Verwaltung für die Auskunftserteilung. Erfreulich sind der geringe Aufwandüberschuss und der ausgeglichene Selbstfinanzierungsgrad. Die Ansätze für die Gemeindesteuern bei den natürlichen und juristischen Personen müssen nicht erhöht werden. Die finanzielle Entwicklung in den nächsten Jahren gibt aber Anlass zur Sorge. Im Jahr 2018 zeigt der übersichtliche Finanzplan einen Aufwandüberschuss von 0,36 Mio. Franken, welcher sich in den folgenden Jahren 2019 - 2021 auf 1,42 Mio. Franken erhöhen könnte. 2014 haben der Gemeinderat und der Einwohnerrat eine Haushaltsüberprüfung (HÜP I) bei den freiwilligen Ausgaben durchgeführt. Die HÜP II Massnahmen einerseits, sowie die Leistungsaufträge andererseits müssen aus Sicht der SVP durch die GRPK geprüft und behandelt werden. Die Fraktion ist auf die Vorschläge im Budget 2018 gespannt. Die SVP-Fraktion stimmt dem Budget 2017 und den Anträgen der GRPK zu.

Christoph Maier, FDP schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat, die Verwaltung und die GRPK-Kollegen für die Arbeit an diesem Budgetprozess an. Es ist natürlich gut, dass im Ergebnis ein einigermaßen ausgeglichenes Budget vorgelegt werden konnte. Auch wenn die Ausgeglichenheit durch die verschiedenen Anträge der GRPK am Schluss nicht mehr bei null ist, wie vom Gemeinderat ursprünglich vorgelegt. Zu einem Punkt ist eine Bemerkung notwendig. Die Leistungsaufträge, welche im Budget enthalten sind und vom Einwohnerrat mit dem Budget verabschiedet werden, wurden von der GRPK - wie gehört - nicht geprüft. Das ist unschön und bedauerlich, weil der Einwohnerrat damit die ihm zustehende politische Steuerungskompetenz nicht wahrnimmt und freiwillig auf die Überprüfung der vom Gemeinderat vorgelegten Zielsetzungen verzichtet. Der Mangel ist in der GRPK schnellstmöglich nachzuholen. Es freut den Votanten, dass die GRPK-Mitglieder sich bereits in der nächsten Sitzung an diese Arbeit machen werden. Er möchte noch eine Bemerkung zu seiner Vorrednerin betreffend § 41 machen. Er denkt nicht, dass man von einem Verhinderungsparagraphen reden könne. Vielleicht allerdings insofern, als dass er verhindert, dass wir unseren Kindern Schulden aufhalsen und sie sich dann mit dem Abtragen befassen müssen. Die Verhinderung der Übertragung von Schulden auf die nächste Generation ist aus Sicht der FDP etwas derart wichtiges, dass es ein guter Zweck ist, dafür eine 2/3 Mehrheit zu verlangen. Zusammenfassend: Die FDP schliesst sich den Anträgen des Gemeinderats und der GRPK an und empfiehlt alle zur Annahme.

Karin Glaser, Grüne findet, dass das Budget schlank und übersichtlich daher komme. Auch der Bericht ist übersichtlich und auf das Wesentliche zusammengefasst. Die Grüne-Fraktion freut sich, dass das Budget 2017 mit einer fast roten Null daher kommt. Das zeigt doch, dass die Sparmassnahmen ein wenig gegriffen haben. Wobei natürlich zu berücksichtigen ist, dass diverse Investitionen nicht getätigt wurden und auch die beschlossene Steuererhöhung zum besseren Budget beigetragen hat. Die Votantin möchte nicht mehr näher auf die einzelnen Punkte eingehen, da die Vorredner und der GRPK-Präsident dies schon ausführlich gemacht haben. Damit die Gemeinde auch zukünftig nicht zu sehr in die roten Zahlen abdriftet, sind die Grünen gegen eine vollständige Auflösung der Schuldenbremse, § 41. Dies steht aber aktuell auch nicht zur Diskussion. Was der Fraktion Sorgen macht und bisher noch nicht erwähnt wurde, ist, dass die Sozialhilfekosten enorm gestiegen sind. Sie haben sich gefragt, ob es diesbezüglich nicht eine Lösung gibt mit präventiven Massnahmen. Dazu später noch mehr.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich Namens der CVP-Fraktion bei der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für den Bericht, sowie bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für das vorliegende Budget. Grundsätzlich ist die Fraktion mit dem vorliegenden Budget zufrieden. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat eine relativ ausgeglichene Erfolgsrechnung für dieses Jahr präsentiert. Das Budget ist eine erste Konsolidierung der Sparmassnahmen HÜP I, sowie der Umsetzung der Nullbasisbudgetierung des letzten Jahres. Das vorliegende Budget weist einen geringen Aufwandsüberschuss gegenüber dem erwarteten Ertrag aus, so dass man scheinbar von einer roten Null sprechen kann. Wie bereits mehrfach gehört. Da die Beurteilung der künftigen Steuereinnahmen nur sehr schwer einschätzbar ist, liegt der Aufwandsüberschuss eigentlich im normalen Unsicherheitsbereich. Den jetzigen Steuerfuss von 48 Prozent will die CVP sicher belassen. Sie schaut zuversichtlich auf die kommende Rechnung, welche hoffentlich mindestens eine schwarzen Null oder sogar einen leichten Einnahmeüberschuss aufweisen wird. Die Fraktion ist sich bewusst, dass die kommenden Anträge eher etwas wegführen von der roten Null. Welche Auswirkungen das Sparpaket, das der Regierungsrat beschlossen hat, in Zukunft auf Binnungen haben wird, wird sich noch zeigen. Die einzelnen Produktgruppen wird die Partei nicht kommentieren. Die Kommentare kann man im GRPK-Bericht nachlesen. Zu den Anträgen: Die CVP-Fraktion folgt allen 6 Anträgen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und auch den Anträgen des Gemeinderats.

Gaida Löhr, SP möchte noch ganz kurz auf das Votum von Christoph Maier antworten. Bei der Frage des § 41 kommt immer wieder der Wunsch, wir möchten unseren Kindern auf keinen Fall Schulden hinterlassen. Das möchte die Votantin auch nicht. Wobei, wenn sie ihren Töchtern Häuser mit einer Hypothek

hinterlassen kann, dann werden die das trotzdem dankbar annehmen. Weil es nämlich immer noch mehr ist, als wenn sie ihnen nichts hinterlassen würde. Die Rednerin ist der Meinung, dass die Kinder vielleicht glücklicher wären, wenn man ihnen nicht verlotterte Häuser und dafür keine Schulden, sondern wenn möglich, gesunde Finanzen und gut instand gestellte Liegenschaften hinterliesse.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP bedankt sich für die gute Aufnahme des Budgets 2017 und die Zusammenarbeit. Wie im Vorwort bereits erläutert, steht das Budget in der Phase der Konsolidierung der Haushaltsüberprüfungsmassnahmen HÜP I. Er möchte sich zudem für das Vertrauen in die Arbeit der alten Legislatur bedanken. Dabei geht es um die Leistungsziele, deren Überarbeitung damals ihren Ursprung hatte. Diese sind nun im Budget enthalten. Die Leistungsziele sind das Steuerungselement des Einwohnerrats für das Jahr 2017, so wie das aktuell unter WOV Usus ist. Er begrüsst die weitere Überprüfung der Leistungsziele. Die Überarbeitung soll ein laufender Prozess sein und nicht nur einmal auf Jahresende stattfinden. In Zukunft sollte man das Auge vielleicht etwas mehr darauf haben. Zu den weiteren Steuerungselementen gehört der Finanzplan auf Seite 70-77, welcher dem Einwohnerrat zeigen soll, wo das Schiff Binninger Finanzen hinfährt. Dort sieht man, dass die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen auseinander geht. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen je länger je mehr. Es hilft nicht aus dem Budget Einnahmen zu streichen, egal wie hoch die Einnahmen sind. Um das geht es hier nicht. Doch es ist die logische Konsequenz aus der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung durch den Einwohnerrat. Der Einwohnerrat ist schliesslich die verantwortliche Stelle. Das dadurch entstehende Defizit kann aufgefangen werden. Wie das im Eigenkapital aussehen kann, kann man ebenfalls aus dem Finanzplan entnehmen.

Es sind alle gefragt, wie es mit der Finanzplanung weiter geht. Zum Beispiel der Gemeinderat, welcher die Aufgabe hat, die Rahmenbedingungen für die anstehenden Investitionen mittels Überarbeitung des § 41 zu schaffen. Oder die GRPK. Der Gemeinderat würde es begrüssen, wenn die Kommission die HÜP II Massnahmen weiter behandeln würde. Es gilt ebenfalls, die Investitionen und deren mögliche Realisierung zu überprüfen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wie die Finanzierung aussehen kann und welche Auswirkungen sie hat, sieht man im Finanzplan. Doch wie die Zukunft aussieht, weiss man wirklich nicht genau. So ist es auch schwierig, finanziell in die Zukunft zu blicken. Darum kann auch eine gute Ertragskraft, wie sie Binningen hat, nicht einfach als gegeben angesehen werden. Binningen hat das Glück, dass die Gemeinde einige wenige gute Steuerzahler hat. Das ist nicht selbstverständlich. Man sollte dem Sorge tragen, um es so lang wie möglich so zu bewahren. Der zuständige Gemeinderat würde sich beim Einwohnerrat für die Annahme des vorliegenden Budgets bedanken.

DETAILBERATUNG

Einleitung und Gesamtüberblick

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 1: Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 2: Finanzen, Steuern

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 3: Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

Produktgruppe 4: Kultur, Freizeit und Sport

Philippe Spitz, SP hat im Licht der Adventskerzen im gelben Budgetbericht geblättert - er ist selbst kein GRPK-Mitglied - und gespannt geschaut, welcher Betrag für die Kultur eingesetzt wurde. Thematik:

ehemaliger Kulturfonds. Er ist dann auf Seite 32/33 hängen geblieben und hat nichts gesehen. Der Redner weiss nicht, ob seine Kerze zu schwach war oder seine Wahrnehmungsmöglichkeit.

Er legt den Finger immer wieder auf die Thematik Kulturfonds. Deswegen die Frage: Was wurde eingesetzt? Und falls er das übersehen hat: Wieso konnte man das hier nicht integrieren? Falls nichts eingesetzt wurde: Wieso wurde nichts eingesetzt? Und wie funktioniert der Kulturfonds oder was davon übrig geblieben ist? Ist sichtbar, welche Projekte unterstützt werden und ist das Verfahren für die Antragsteller klar? Darauf hätte der Redner gerne ein Feedback.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP greift die Fragen auf. Es ist ein alljährlich wiederkehrendes Thema. Der Gemeinderat hat dies offen und klar gelegt. Es wurde deshalb neu so formuliert, weil es der Einwohnerrat durch den Budgetbeschluss in der Hand hat, den Betrag für das nächste Jahr festzulegen. Eingestellt sind im Budget immer noch die 40 000 Franken. Diese wurden vom Einwohnerrat im Rahmen von HÜP I von 100 000 Franken auf 40 000 Franken gekürzt. Bei den Zentrumsleistungen, bei welchen es über die Plattform Leimental geht, sind es 100 000 Franken, die aufgrund der HÜP I Massnahmen von 120 000 Franken auf 100 000 Franken gekürzt wurden. Die Aufstellung der Ausgaben können jederzeit auf der Gemeinde eingesehen werden. Dieses Jahr wurden bisher aufgrund der Gesuche und der bestehenden Vergabekriterien von den 40 000 Franken etwas über 8 000 Franken gebraucht. Dies einfach als Information. Man könnte nun sagen, es werden nur noch 10 000 Franken eingestellt. Es sind aber 40 000 Franken eingestellt.

Philippe Spitz, SP bedankt sich für die Antwort. Er hat sich die Frage aufgrund der Formulierung auf Seite 32 „[...] bis zum maximalen im Budget eingestellten Betrag“ gestellt. Denn er sieht im Budget keinen entsprechenden Betrag. Er ist aber auch kein Mitglied der GRPK. Die Frage ist keine Kritik, sondern einfach eine Frage, damit das auch ins Protokoll kommt.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP erläutert, dass es der Wunsch gewesen sei, dass man den Betrag jedes Jahr neu einstelle. Deswegen wurde das so formuliert. Solange nichts ändert, sind 40 000 Franken eingestellt.

Produktegruppe 5: Bildung

Keine Wortmeldungen.

Produktegruppe 6: Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Produktegruppe 7: Soziale Dienste

Manuela Eichenberger, Grüne ist sehr erschrocken, als sie gesehen hat, dass 10 Prozent mehr Sozialausgaben budgetiert wurden. Und dies bei einer Produktegruppe, die beim Budget den zweitgrössten Kuchen ausmacht. 10 Prozent sind eine Wahnsinnserhöhung eines Budgets. Sie ist etwas schockiert, dass man dies so sang und klanglos hier hinstellt. Wenn die Votantin das privat machen würde, wäre sie sehr darum bemüht, etwas zu machen, damit die 10 Prozent nicht mehr so hoch werden. Sie bittet darum, Massnahmen zu ergreifen, damit die 10 Prozent zumindest nicht höher werden. Die Tendenz wird sicher zunehmen. Das wissen alle. Vor allem die Altersarbeitslosigkeit macht ihr grosse Sorgen. Man konnte gerade heute in der Zeitung lesen, dass Riehen diesbezüglich Massnahmen ergriffen hat mit ihrem neu eingerichteten Sozialdienst. Die Votantin findet zum Beispiel die Mietzinsunterstützung der Gemeinde Binningen sehr gut, nur befürchtet sie, niemand kenne das Angebot. Sie möchte wissen, welche Massnahmen es gibt, um zu verhindern, dass die Leute in die soziale Armut kommen und, um zu schauen, dass es davor eine Vorstufe gibt, bei welcher man sie unterstützen kann. Sie wäre froh, wenn man mehr von den Massnahmen hören würde.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP dankt für das Votum. Es ist tatsächlich so, dass diese Auslagen auch dem Gemeinderat Sorgen machen und ihm die Erhöhung von 10 Prozent keine Freude bereitet. Es ist eine Empfehlung des Kantons, welcher die Situation beobachtet und sagt, das sei die Entwicklung und es wäre sinnvoll diesen Betrag einzustellen. Sie stellt den Betrag nicht gerne ein. Aber es wäre nicht ehrlich das nicht zu tun, wenn man sieht, dass die Entwicklung leider einfach in die Richtung läuft, dass die Kosten steigen. Es sind genau die Kosten, welche die Vorrednerin genannt hat, wie die Altersarbeitslosigkeit – das Alter beginnt dann mit 50 oder kurz nach 50. Die längere Arbeitslosigkeit betrifft neu auch Personen in wirtschaftlichen Verhältnissen, die es vor 10 – 15 Jahren noch nicht getroffen hätte. Die Mietzinsbeiträge gibt es. Der Einwohnerrat hat vor noch nicht allzu langer Zeit ein Reglement verabschiedet, welches in Kraft ist und es erlaubt, die Leute so zu unterstützen, dass sie nicht in die Sozialhilfe kommen. Das wird immer Anfang Jahr bekannt gemacht. Die Gemeinde hat viele Anfragen und berät Personen, die mit finanziellen Sorgen auf den Dienst kommen und noch nicht von der Sozialhilfe unterstützt werden, in diese Richtung. Zudem läuft im Moment ein Versuch mit der Fachstelle Arbeitsintegration. Dort wird versucht die Leute, welche Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, intensiv zu begleiten. Damit sie wieder auf eigenen Füßen stehen können oder zumindest nur noch ergänzend unterstützt werden müssen. Die Gemeinderätin berichtet gerne regelmässig.

Produktegruppe 8: Verkehr, Strassen

Keine Wortmeldungen.

Produktegruppe 9: Versorgung, Umwelt

Keine Wortmeldungen.

Produktegruppe 10: Hochbau und Ortsplanung

Gaida Löhr, SP möchte nochmal auf den Hochbau zu sprechen kommen. Es wurde bereits erwähnt, dass ein Paradigmenwechsel vollzogen wurde. Beim Gebäudeunterhalt sind es nicht mehr die 0,9 Prozent des Versicherungswertes, sondern etwas Produktbezogenes. Das hat die SP erstaunt, da der Einwohnerrat im Juni beschlossen hat, den Prozentsatz auf 1,2 Prozent zu erhöhen. Es ist die gleiche Frage, wie Philippe Spitz davor gestellt hat: Wo sieht man im Budget, wieviel der Gemeinderat für die Gebäudesanierungen geplant hat auszugeben? Die Votantin hätte gerne eine Zahl.

Sie möchte zudem zur Produktegruppe Bildung eine Ergänzung anbringen. Es ist ihr ein Anliegen auf der untersten Zeile der Seite 34 festzuhalten, die Sekundarschule habe nicht auf den Schwimmunterricht verzichtet, sondern der Kanton habe dies gestrichen. Die Sekundarschule Binningen kämpft verzweifelt darum, dass sie den Schwimmunterricht durchführen darf.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP ist der Meinung, dass man den Schwimmunterricht und die anderen Sachen unterscheiden sollte. Sie war im Juni noch nicht da, deswegen kann sie die Frage nicht beantworten. Was sie beantworten kann, ist, dass der Gemeinderat im Rahmen der Strategie für den ganzen Baubereich inklusive des Bereichs Liegenschaften von einem Masterplan redet. Der Gemeinderat möchte etwas machen, das nachhaltig ist und allen Ansprüchen gerecht wird. Zum ersten Punkt der Frage von Gaida Löhr, zum Juni 2016, muss die Gemeinderätin passen. Da ist sie nicht informiert.

Gaida Löhr, SP geht es nicht darum, was der Einwohnerrat im Juni beschlossen hat. Dort wurde einfach der Prozentsatz erhöht. Sie möchte wissen, wieviel Geld im Budget eingestellt ist für Sanierungsarbeiten an den leicht verlotterten Liegenschaften.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP kommt später auf die Beantwortung der Frage zurück.

Leistungszentren

Keine Wortmeldungen.

Anträge der GRPK

Da die Anträge der GRPK die Anträge des Gemeinderats ergänzen, lässt die Präsidentin direkt über die Anträge der Kommission abstimmen. Bei den Anträgen 1 und 4 wird über die korrigierten Beträge, gemäss Eingangsvotum von GRPK-Präsident K.J. Heim, abgestimmt.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: einstimmig JA

Antrag 2: einstimmig JA

Antrag 3: einstimmig JA

Gaida Löhr, SP meint, sie habe in Erinnerung, dass nur die Hälfte des Betrags rausgenommen werden müsste, aufgrund eines Gegenkontos mit Ausgaben für die Parkraumbewirtschaftung. Wenn sie es richtig in Erinnerung hat, wurde gesagt, dass der Gemeinderat dies korrigiere. Sie denkt nicht, dass das gemacht wurde. Denn dann müssten irgendwo die 240 000 Franken Ausgaben gestrichen werden.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erläutert, dass 480 000 Franken Einnahmen und 15 000 Franken Ausgaben budgetiert wurden. Das ergibt ein Total von 465 000 Franken Ertrag. Es gibt kein Gegenkonto von 240 000 Franken. Wenn man es ganz genau nimmt, sind es eigentlich nur 300 000 Franken, um welche man den Betrag im Vergleich vom Budget 2016 aufs Budget 2017 erhöht. Denn man hatte bereits im Budget 2016 etwas für die Parkraumbewirtschaftung eingestellt. Aber das ist ein anderes Thema. Die 465 000 Franken gemäss Antrag sind richtig.

ABSTIMMUNG

Antrag 4: 28 JA / 7 Nein / 3 Enthaltungen

Antrag 5: einstimmig JA

Antrag 6: 37 JA / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

1. Wegen des Verzichts der Musikschule am Standort Bottmingen auf einen Konzertflügel wird der Betrag von CHF 70 000 (Aufwand) und der Beitrag der Gemeinde Bottmingen an den Konzertflügel von CHF 35 000 (Ertrag) aus dem Budget gestrichen.
2. Der Gemeinderat legt bis 1.1.2017 eine verbindliche Aufgabenzuteilung und -abgrenzung in der politischen Verantwortung für die einzelnen Mitglieder des Gemeinderats vor und kommuniziert dies in geeigneter Form der Öffentlichkeit.
3. Der Gemeinderat legt vor Beginn des nächsten Budgetprozesses 2018 eine Vorlage zum Postulat Abschaffung WOV (überwiesen am 29.04.2014) vor.
4. Der budgetierte Ertrag aus der Parkraumbewirtschaftung von CHF 465 000 netto wird aus dem Budget gestrichen.
5. Die durch die Verwaltung ausgegliederten Tätigkeiten (Outsourcing) sind durch den Gemeinderat klar zu bezeichnen. Der Gemeinderat schafft Klarheit darüber, welche Arbeiten es betrifft,

wohin sie ausgelagert werden und legt die Stellenbeschriebe vor. Die entsprechenden Personalaufwendungen müssen in der Rechnung 2016 ersichtlich und ausgewiesen sein.

6. Die GGA-Spezialfinanzierung ist über die letzten fünf Jahre detailliert offen zu legen und zusammen mit der Rechnung 2016 auszuweisen. Vom Finanzplan 2018-2021 wird Kenntnis genommen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP nimmt nochmals Bezug auf die früher gestellte Frage von Gaida Löhr. Es wurde zuerst versucht, die Beträge zusammenzurechnen. Das ist aber eigentlich gar nicht notwendig, denn auf Seite 66 bei „LZ 3 Planung und Gebäudeunterhalt“ steht ganz klar beschrieben, dass grundsätzlich Ausgaben von 4 Prozent des Gebäudeversicherungswerts pro Jahr aufgewendet werden.

Philippe Spitz, SP hält fest, dass es bei dieser Sache nicht um Kritik, sondern um Transparenz gehe. Damit man sieht, was zurückgestellt wird und was nicht. Es geht auch darum, den Verdacht zu beseitigen, es könnte eine „Mogelpackung“ sein und, dass man quasi die Instandstellungskosten einfach unter den Tisch wischt und so das Budget schönt. Das ist es ja nicht. Es soll vermieden werden, dass man dieser Meinung sein könnte, welche ja offenbar nicht zutrifft. Der Votant ist kein GRPK-Mitglied und ihn interessiert es auch, dass man sieht, welcher Betrag eingestellt wurde.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP möchte nochmal erwähnen, dass die Frage auf Seite 66 des Budgets beantwortet wird. Man muss auch zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen unterscheiden. Es wäre eine relativ grosse Rechnerei, wenn man jetzt konkrete Zahlen bringen müsste, vor allem beim Verwaltungsvermögen, weil das auf die verschiedenen Produktgruppen verteilt ist. Die Gemeinderätin wäre sehr froh und würde beliebt machen, die Frage mit der Seite 66 des Budgetberichts stehen zu lassen. Es ist dem Gemeinderat sicher ein Anliegen - und er hat sich das auch auf die Fahne geschrieben - nachhaltig mit den ganzen Liegenschaften, sowohl im Finanz- als auch im Verwaltungsvermögen, umzugehen.

Gaida Löhr, SP möchte nicht stressen. Aber wenn sie auf Seite 66 sieht: Budget 2016 0,68 Mio. Franken, Budget 2017 0,51 Mio. Franken, der Prozentsatz wurde erhöht, es wurde keine Liegenschaft verkauft, dann staunt sie.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP erklärt, dass die Schwierigkeit darin bestehe, dass es zum einen um das Finanz- und zum anderen um das Verwaltungsvermögen gehe. In der nächsten Zeit wird Einiges anstehen. Der Gemeinderat redet von einem Masterplan und da werden sicher die einen oder anderen Sachen kommen. Sie würde es vorerst gerne so stehenlassen, denn im Rahmen des Masterplans wird die ganze Liegenschaftsstrategie angeschaut werden. Es kann sein, dass man im Rahmen des Masterplans vielleicht einmal auf die Sanierung eines Gebäudes verzichtet und etwas anderes kauft. Sie möchte hier nicht auf die Details eingehen. Der Gemeinderat möchte sich alle Optionen offen lassen.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erläutert, dass die Gemeinde Binningen GRPK-Mitglieder habe, welche derartige Fragen im Vorfeld einbringen könnten. Aber es geht nicht darum. Das Problem ist hier, es geht um Leistungszentren. Der Name sagt es, es sind Zentren für Leistungen. Dementsprechend fallen dort Leistungen an, mehr oder weniger. Im 2016 gab es mehr Leistungen als im Jahr 2017, deswegen ist der Aufwand gesunken. Das ist die Erklärung. Der eine Teil des Liegenschaftsunterhalts ist der Sockelbetrag und dann kommen die zusätzlichen Kosten dazu.

Präsidentin Susanne Tribolet, SP geht zur Abstimmung über. Die Beträge der Anträge 8 und 12 werden aufgrund der bereits angenommenen Anträge 1 und 4 angepasst.

ABSTIMMUNG

Antrag 7: 37 JA / 1 Enthaltung

Antrag 8: einstimmig JA

Antrag 9: einstimmig JA

Antrag 10: einstimmig JA

Philippe Spitz, SP möchte ein pro memoria machen. Es wurde vorher die Nase gerümpft auf das Votum von Bettina Benthaus bezüglich der Einnahmen der juristischen Personen. Man muss einfach sagen und sehen, und das hält der Votant jetzt fest – das ist keine Kritik -, dass Binningen die weitaus tiefsten Ertrags- und Kapitalsteuern im ganzen Kanton hat. Binningen ist bei den Ertragssteuern bei 2 Prozent. Es gibt nur 4 weitere Gemeinden, die das haben. Die meisten anderen haben mindestens 3,5 Prozent. Bei der Kapitalsteuer ist Binningen ebenfalls die günstigste Gemeinde. Dort sind alle anderen mindestens bei 2,75 Promille. Es ist hier nicht in Frage gestellt, aber einfach, dass es einmal gesagt ist.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP weist auf die gesamtschweizerische Entwicklung, Unternehmenssteuerreform III, hin. Binningen kann gemäss dieser angedachten Unternehmenssteuerreform froh sein, dass die Gemeinde nicht so viele juristische Personen im Vergleich zu anderen Gemeinden hat.

ABSTIMMUNG

Antrag 11: einstimmig JA

Antrag 12: einstimmig JA

Antrag 13: einstimmig JA

Antrag 14: einstimmig JA

Antrag 15: 37 Ja / 1 Enthaltung

Antrag 16: 37 Ja / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

7. Die vorgeschlagenen Leistungsaufträge werden unverändert genehmigt.

8. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 43 171 886 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

	CHF
- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 020 302
- Steuern	853 689
- Gesundheit	5 282 602
- Kultur, Freizeit, Sport	3 529 689
- Bildung	17 115 775
- Öffentliche Sicherheit	1 080 096
- Soziale Dienste	8 368 794
- Verkehr, Strassen	2 916 048
- Versorgung	1 456 622
- Ortsplanung, Baugesuche	548 267

9. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 42 660 236 werden genehmigt.

10. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden unverändert wie folgt beschlossen:
 - 48 Prozent Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 2 Prozent Ertragssteuersatz
 - 1,75 Promille Kapitalsteuersatz
 11. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 Promille vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehrreglements.
 12. Das Budget der Erfolgsrechnung 2017 mit Aufwendungen von CHF 78 591 321, Erträgen von CHF 78 079 671 und einem Aufwandsüberschuss von CHF 511 650 wird genehmigt.
 13. Folgende Investitionsausgabe gemäss Aufstellung unter Ziffer 2 wird direkt beschlossen:
Ersatzbeschaffung Friedhoffahrzeug (Knicklenker) CHF 95 000.
 14. Das Investitionsbudget 2017 mit Ausgaben von CHF 7 670 000, Einnahmen von CHF 250 000 und Nettoinvestitionen von CHF 7 420 000 wird zur Kenntnis genommen.
 15. Der budgetierte Stellenetat für 2017 wird mit 10 765 Stellenprozenten (Kategorie A) genehmigt.
 16. Vom Finanzplan 2018-2021 wird Kenntnis genommen.
-

Traktandum 3

Nr. 24

Schulraumplanung, Dringend notwendige Provisorien ab Sommer 2017

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Patrizia Aebi, SP führt aus, es sei unbestritten, dass neuer Schulraum geschaffen werden müsse. Es stellt sich aber die Frage, warum die Planung wieder so spät ist und das Geschäft in aller Eile beschlossen werden muss. Bei der Planung geht man schliesslich von den Zahlen Stand September 2015 aus. Weiter ist es nicht klar, inwiefern sich die Provisorien zu Providurien entwickeln, da auf die meisten eine Kaufoption bestehe. Ganz im Sinn des Legislaturprogramms sollten die Nachhaltigkeit und die Langfristigkeit im Vordergrund stehen. Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen 2 und 3 zu.

Beatrice Büschlen, Grüne erklärt, dass eine Aufstockung beim Mühlematt / Birkenweg für die Grünen Sinn mache. Die Kostenaufstellung ist logisch. Was die Fraktion allerdings irritiert, sind die Rückbaukosten. Dort gibt es drei verschiedene Beträge. Im Geschäft 10 wurde eine Erhöhung von 150 000 Franken auf 270 000 Franken vorgenommen. Jetzt sind die Kosten bei 220 000 Franken. Die Votantin fragt sich, ob das noch zusätzlich ist, oder ob es sich um eine korrigierte Veranschlagung des Nachtragskredits handelt. Das wäre dann doch etwas hoch. Der Entscheid die freien Räumlichkeiten beim APH Schlossacker für die Logopädie und den Kindergarten zu nutzen, begrüsst die Partei. Mittelfristig könnten sie sich dort weitere kinder- und schultherapeutische oder sogar Erwachsenen-Angebote vorstellen. Detaillierte Raumpläne sind in der Vorlage allerdings keine vorhanden. Deswegen würde es sie interessieren, welchen Aussenraum der Kindergarten beim APH nutzen könne. Hat dieser einen direkten und sicheren Zugang zu den Räumlichkeiten, sodass die Lehrperson nicht alle Kinder reinnehmen muss, wenn ein

Kind auf die Toilette muss? Die Grünen gehen davon aus, der öffentliche Spielplatz bleibe dort weiterhin öffentlich. Antrag 2 und 3 werden sie zustimmen.

Antrag 1 Kindergarten Brückenstrasse: Vorteilhaft ist der Schulweg Brückenstrasse für die Kinder des Bruderholzes nicht. Er ist machbar, aber sicher nicht vorteilhaft und schon gar nicht sicher. Es gibt nur einen sicheren Übergang mit Lichtsignalanlage beim Schloss und dann erst wieder einen bei der Bottminger Mühle. Je nach Wohnort bedeutet das einen riesigen Umweg. In den nächsten Jahren kommt auch noch der Ausbau Doppelspur des „Bähnleins“. Je nachdem wie lange das Providurium dauert, bedeutet das für die Kinder, Eltern, Kanton und Gemeinde eine grosse Herausforderung. Zudem ist gemäss dieser Vorlage, eine überproportionale Zunahme der Kinder aus dem nördlichen Teil Binningens und nicht des Bruderholzes zu erwarten. Der Spielplatz Amerikanerstrasse ist entgegen der Informationen des Gemeinderats auch während der Kindergartenzeiten - es gibt dort ja bereits einen Kindergarten - offen und sehr stark frequentiert, weil die Wohnbauten in diesem Quartier wenig Freifläche haben. Er ist also bereits jetzt sehr ausgelastet, was eine Kindergärtnerin bestätigte. Auf Rückfrage der Votantin informierte sie der Gemeinderat, dass die Quartierbewohner beziehungsweise die Familien im Rahmen des Bauprojekts informiert werden. Das ist eine sehr technische Antwort ohne praktikablen Bezug für die Kinder und Eltern. Die Spielplätze sind nicht einfach nice to have und auch nicht nur eine Standortaufwertung für Familien, wie es das Spielplatzkonzept der Gemeinde Binningen vorsieht. Sie sind notwendig für die Entwicklung der körperlichen, psychischen und emotionalen Fähigkeiten der Kinder und führen zu weniger Unfällen im Kindergarten- und Grundschulalter. Viele Stürze passieren wegen ungenügender Bewegungserfahrung und mangelndem Gleichgewicht. Zusammenstösse gründen oftmals auf der schlechten Reaktionsfähigkeit der Kinder. Laut einer Kindergärtnerin haben Kinder Schwierigkeiten, nur schon eine Stufe in den Kindergarten zu machen ohne zu stolpern. Man wundert sich, dass sie keinen Purzelbaum machen können. Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass sich eine bessere Körperbeherrschung im Vorschulalter später auf die schulische Leistungsfähigkeit auswirkt. Bewegung stimuliert bestimmte Regionen im Gehirn. Es ist also auch im Interesse der Allgemeinheit, Bewegungsräume für Kinder bereit zu stellen und, weil es Vorschulkinder betrifft, vorzugsweise im Quartier.

Für die Grünen bleiben mit der Vorlage viele Fragen offen. Sie haben auch den Eindruck, der Gemeinderat habe sich aufgrund des Zeitdrucks viel zu wenig Gedanken über die negativen Konsequenzen gemacht. Die Votantin fragt sich, ob departementsübergreifende Ideen angefragt wurden. Wie stellt sich der zuständige Gemeinderat für Spielplätze diesem Abbau gegenüber? Sind Möglichkeiten von Spielstrassen mit der zuständigen Gemeinderätin für Strassen diskutiert worden? Basel hat sehr grosse Erfahrungen in der Erstellung von Spielstrassen. Auch die Unicef, welche sogar ein Büro in Basel hat, hat sehr viele Erfahrungen und könnte die Gemeinde in dieser Hinsicht unterstützen. Die Grünen sind sehr besorgt über den Abbau von Spielplätzen. Die Fraktion fordert den Gemeinderat auf, Alternative für den Spielplatzersatz anzubieten, die offenen Fragen zu beantworten und keine Spielplätze zu schliessen oder die Öffnungszeiten einzuschränken, auch nicht beim Spielplatz beim Altersheim. Sie beteiligen sich gerne an der Lösungssuche. Die Grünen beantragen eine Überweisung des Antrags 1, Kredit Kindergarten Brückenstrasse, in die Kommission Schulraumplanung. Diese Kommission tagt noch dieses Jahr und die Beschlüsse könnten schnell gefasst werden.

Andrea Alt, CVP möchte vorweg nehmen, die CVP-Fraktion werde den Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Es bleibt ja nichts anderes übrig. Sie stimmen aber mit einem unguten Gefühl zu. Nicht etwa, weil sie den dringenden Bedarf für die Schulräume nicht sehen würden, sondern, weil sie der Meinung sind, dass man das frühzeitiger hätte planen können und müssen. Alle Jahre wieder wird dem Einwohnerrat eine Vorlage vorgelegt, in welcher es um dringend benötigten Schulraum geht. Dass der Schulraum benötigt wird, steht ausser Frage. Wie aus den Unterlagen ersichtlich ist, war das auch bereits 2014 bekannt. Es leuchtet der CVP ein, dass man diesen Bedarf nicht in einem Grossaufwand einmal für die kommenden Jahre bereitstellen kann, weil die jährlichen Mietkosten zu berücksichtigen sind. In diesem Zusammenhang erhoffen sie sich aber mit einem allfälligen Neubau im Dorf, dass endlich genügend Schulraum zur Verfügung stehen und alle kantonalen Vorgaben in Bezug auf Spezial- und Gruppenräu-

me etc. abgedeckt sein werden. Befremdlich findet es die Fraktion einmal mehr, dass die Vorlage zu einem derart späten Zeitpunkt vorgelegt wird, wo die Zahlen doch bereits 2014 vorlagen. Sie beantragt darum, dass künftige Vorlagen zur Erstellung von Provisorien den Einwohnerrat 15 Monate im Voraus vorgelegt werden. Der entsprechende Antrag liegt der Präsidentin vor.

Zwei Punkte werfen bei der Partei noch Fragen auf. Für wie viele Monate sind die 100 000 Franken Miete gerechnet für den Kindergarten in den ehemaligen Räumlichkeiten der Spitex im APH Schlossacker – für 6 oder 12 Monate? Schliesslich wird dieser Raum erst ab August genutzt. Wie es die Grünen bereits erwähnt haben, bedauert es auch die CVP sehr, dass der Spielplatz respektive Sportplatz an der Brückenstrasse / Amerikanerstrasse dem neuen Provisorium weichen muss. Ist dafür eine Alternative vorgesehen? Oder wird beim neuen Kindergarten ein Spielplatz realisiert, welcher ausserhalb der Unterrichtszeiten von allen Kindern und Jugendlichen genutzt werden kann?

Beatrix Rheiner, FDP hält fest, auch die FDP-Fraktion störe sich sehr daran, dass der Einwohnerrat bereits nach knapp einem Jahr wieder einen Kredit für die dringend benötigten Schulraumprovisorien genehmigen solle. Die Gemeinde hat mittlerweile jährliche Mietkosten von 828 000 Franken. Die Wichtigkeit der Schulraumentwicklung wurde offensichtlich nicht erkannt. Die Planung des Schulraumbedarfs wurde in der Gemeinde nicht richtig gemacht und deswegen ist man auf der Zeitachse immer zu spät. Auch die dem Einwohnerrat vorliegenden Zahlen sind, wie bereits erwähnt, schon wieder 1,5 Jahre alt. Die FDP vermisst eine aktuelle Gesamtübersicht über die demographische Entwicklung und den Schulraumbedarf für die nächsten Jahre bis 2025. Sie wird den Anträgen 1 – 3 zugunsten der Kinder zustimmen, möchte aber dieser „Salamitaktik“, dass der Einwohnerrat jedes Jahr Notkredite bewilligen muss, endlich Einhalt gebieten. Deswegen stellt die Partei einen zusätzlichen Antrag. Sie möchte die Ausarbeitung eines transparenten Gesamtkonzepts zur demographischen Entwicklung der Bevölkerung, insbesondere die damit zu erwartenden Schülerzahlen und der notwendige Schulraumbedarf für einen längerfristigen Zeitraum von heute bis zum Schuljahr 2025/2026 in Binningen. Dann hat man die notwendige Planungssicherheit für zukünftige Projekte. Das kann auch in die Liegenschaftsstrategie einfließen. Die FDP stellt den Antrag, dass die Vorlage dem Einwohnerrat bis spätestens im 2. Quartal 2017 vorgelegt wird.

Urs Weber, SVP erläutert, dass sich auch die SVP über das Geschäft gebeugt und darüber diskutiert habe. Die Fraktion wird den drei Anträgen zustimmen. Das Meiste wurde bereits gesagt. Er möchte nicht nochmals alles wiederholen und beendet sein Votum daher hier.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die Voten. Er hat Verständnis, dass es nicht nur ein positives Echo gibt, wenn der Gemeinderat immer in einer Dringlichkeit an den Einwohnerrat gelangt. Aber das Parlament kann beruhigt sein, der Gemeinderat hat die Übersicht. Der Schulraum wird bedarfsgerecht Jahr für Jahr weiterentwickelt. Auf der langfristigen Schiene bis 2025 hat die Gemeinde ein extremes Wachstum, welches in der Vorlage ausgewiesen wurde. Binningen hat um 45% steigende Schülerzahlen. Das ist enorm. Wenn der Gemeinderat bereits 15 Monate vor Schulbeginn Anträge stellen würde, dann würden die Provisorien je nachdem an den falschen Standorten stehen. Wäre es für dieses Jahr so gemacht worden, wäre wahrscheinlich der ganze Schulraum am Birkenweg bereitgestellt worden und es hätte noch mehr Einsprachen gegeben. Die Gemeinde hatte letztes Jahr 30 - 50 Einsprachen bezüglich des Schulwegs, weil der Siedlungsdruck im Norden sehr hoch ist. Das hat der Gemeinderat erst letztes Jahr festgestellt. Der Gemeinderat konnte auf dieses Jahr reagieren. Es sollen 2 Kindergärten im Bereich Dorf aufgestellt werden, um die Problematik des Schulwegs in den Griff zu bekommen. Wenn das 15 Monate im Voraus gemacht werden soll, stehen die Provisorien am falschen Ort.

Den langfristigen Schulraumbedarf kann der Gemeinderat gerne aufzeigen. Die aktuellen Zahlen hat er letzten Freitag erhalten. Der Gemeinderat kann gerne ein Geschäft dazu aufbereiten, um dem Einwohnerrat eine Übersicht zu ermöglichen. Es ist so, dass ein siebter Klassenzug eröffnet wurde. Die Spitze kann mit 7 Klassenzügen plus ein paar Klassen abgedeckt werden. Die Gemeinde geht davon aus, dass

der Bedarf dann wieder leicht zurückgehen wird. Das sind aber Prognosen ab 2022 und dort ist keine Sicherheit dahinter. Der Bedarf wird Jahr für Jahr erhöht. Wenn der Gemeinderat ein Gesamtkonzept erstellt, in welchem die Schulräume platziert werden, kann auf die aktuellen Gegebenheiten nicht mehr derart reagiert werden. Es ist klar, die Vorlage ist sportlich unterwegs. Aber der Gemeinderat gibt sich Mühe, alle Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen. Die vorliegenden Anträge wurden vom Gemeinde- und vom Primarschulrat unterstützt und sie wären sehr froh, wenn der Standort Brückenstrasse realisiert werden könnte. Es ist klar, dass auf der Bruderholzseite im nächsten Schuljahr relativ viele Kinder eingeschult werden. Es gibt dort weiterhin einen Kindergartenstandort an der Bruderholzstrasse. Es wird von Jahr zu Jahr unterschiedliche Kinderzahlen geben. Nächstes Jahr ist es so, dass wieder mehr Kinder anstehen, als ein Kindergarten schlucken kann. Der Kindergarten wird doppelt geführt, das heisst eine erste und eine zweite Kindergartenklasse, und so können nur 12 Kindergärtner aufgenommen werden.

Bezüglich Ersatz des Fussballfeldes: Es gibt an allen Schulstandorten Hartplätze zum Fussballspielen. Es gibt auch einen Spielplatz am Schafmattweg, welcher zur Verfügung steht. Der Spielplatz Brückenstrasse / Amerikanerstrasse wird nicht aufgehoben, sondern weiterbetrieben. Es ist klar, dass während der Schulzeiten nur ein reduzierter Betrieb möglich sein wird.

Es sind noch Fragen aufgetaucht bezüglich des Aussenraums des Standorts Alters- und Pflegeheim. Anliegend an die geplanten Kindergartenräume hat es einen direkt einsehbaren Aussenraum, sodass die KindergärtnerInnen eigentlich ohne Probleme rein- und rausgehen können. Der Spielplatz ausserhalb des APH bleibt weiterhin öffentlich. Die Anregungen der Grünen-Partei bezüglich Spielstrassen nimmt der Gemeinderat gerne auf. Es wird wahrscheinlich nicht ganz einfach sein, alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Bezüglich der verschiedenen Unfallgefahren ist es relativ anspruchsvoll, überall am richtigen Ort das Richtige zu tun. In diesem Sinn hofft der Gemeinderat, der Einwohnerrat könne die Anträge genehmigen. Falls der Antrag 1 abgelehnt wird, hat er einen Eventualantrag zur Gesamtaufstockung am Standort Birkenweg. Andernfalls müsste der Gemeinderat in der nächsten Einwohnerratssitzung mit einer superdringlichen Vorlage kommen. Das wäre nicht gewünscht. Dann ist noch die Frage aufgetaucht bezüglich der Mietdauer im APH. Diese entspricht 12 Monaten.

Daniel Zimmermann, FDP dankt dem Gemeinderat für die sehr detaillierte Stellungnahme. Die FDP hat einen Antrag gestellt. Es geht nicht darum, dass die 3 Provisorien verhindert werden sollen. Sondern es geht, auch in die Zukunft blickend, um mehrere grosse Projekte, bei welchen der Einwohnerrat Planungssicherheit benötigt. Für mehrere Projekte, welche jetzt in der Pipeline stecken, sind klare Aussagen notwendig. Über die Raumprogramme, die Grössen und die Standorte. Das kann man nur in einer Gesamtbetrachtung der demographischen Entwicklung. Andere Gemeinden können das und der Votant denkt, Binningen sei auch in der Lage etwas Derartiges zu machen. Das entspricht dem Antrag der FDP. Die Fraktion hat das Votum der CVP aufgenommen. Das geht in die gleiche Richtung. Es geht darum, Planungssicherheit zu erhalten für grosse Investitionen in der Zukunft.

Rahel Bänziger, Grüne merkt an, dass die Grünen den Antrag der FDP unterstützen werden. Die Fraktion hat auch genug von den immerwährenden Zusatzkrediten, welche man genehmigen muss. Vor allem in einer Geschwindigkeit, sodass man es nicht einmal in einer Kommission gründlich abklären kann. „Gouverner est prévoir“ ist etwas, was die Votantin vermisst. Vorrasschauend zu schauen: Wie viele Kinder gibt es? Wie viel Schulraum muss zur Verfügung gestellt werden? Da liegt wirklich einiges im Argen. Das ist sehr schade, weil es um die Zukunft Binnings geht. Das dürfte nicht sein. In der Vorlage sind nur die Zahlen bis 2020 und nicht bis 2025 ersichtlich. Die Rednerin empfindet es als gut, wenn der Einwohnerrat über die Schülerzahlen bis 2025 informiert werden würde. Was die Einsprachen zur Einteilung der Kinder in die bestehenden Kindergärten mit den noch nicht erstellten Provisorien zu tun haben, versteht sie nicht. Es gab Einsprachen, die gutgeheissen wurden. Es hat aber immer Einsprachen gegeben. Dass es heute im Zeitalter der Elterntaxi noch mehr Einsprachen gibt, ist klar, aber es ist auch klar, dass Einsprachen abgelehnt werden können. Es werden nicht alle Einsprachen vom Regierungsrat gut-

geheissen. Die Votantin möchte diesbezüglich zu einem pragmatischen Vorgehen und nicht zu einem Angstverhalten vor Einsprachen animieren.

Die Frage nach den Spielplätzen wurde aus Sicht der Grünen nicht zufriedenstellend beantwortet. Wenn man nämlich auf diesem kleinen Platz, auf welchem man Fussballspielen und Velo fahren kann einen Container hinstellt, dann sieht sie nicht, wie man noch Fussballspielen oder Velo fahren kann. Wo gibt es die Möglichkeit, einen ganz konkreten Ersatz für diesen Spielplatz respektive Bewegungsplatz zu haben? Sonst wäre es wirklich eine Möglichkeit, wie von Gemeinderat Philippe Meerwein erwähnt, dass man eventuell über die Aufstockung am Standort Birkenweg nachdenkt. Die Votantin findet es schade, dass die Aufstockung Birkenweg nicht von Anfang an so aufgenommen wurde, bevor man einen Spielplatz opfere, ohne eine Alternative anzubieten.

Gaida Löhr, SP möchte die Frage der Planungssicherheit etwas relativieren. Aus ihrer Zeit als Primarschulrätin weiss sie noch, dass Kinder in Binningen ausgesprochen schwierig planbar sind. Es gibt extrem viele Wegzüge von jungen Familien, welche an einem anderen Ort ein Haus finden. Dann sind die Kinder plötzlich nicht mehr da. Sie hat Verständnis dafür, dass die Planung schwierig ist. Deswegen wäre es der Votantin ein grosses Anliegen, dass man nicht nur von der Planung spricht, sondern auch von der flexibleren Gestaltung der Räume. Dass man die Kindergärten, wenn sie einmal nicht benötigt werden, nicht sofort wieder schliesst und verkauft. *Auf einen Zwischenvotum von Christoph Maier entgegnet die Votantin, dass nicht alle Kindergärten vor 10 Jahren geschlossen wurden. Das ist das eine.*

Das andere ist der Spielplatz Brückenstrasse. Da ist sie völlig einverstanden mit ihren Vorrednerinnen. Es ist einer der ganz wenigen Spielplätze unten. Der Hartplatz würde ganz verschwinden und sie nimmt an, wenn zwei Kindergärten auf dem Areal wären, müsste man oben ganz zu machen. Das heisst, auch der Spielplatz für Kleinkinder wäre dann nicht mehr offen. Wenn man hört, dass der Weg für Kindergartenkinder zur Birkenstrasse zu weit ist, dann ist es für Vorkindergartenkinder auch zu weit, dorthin zu gehen, um zu einem Spielplatz zu kommen. Die Rednerin wäre interessiert, wenn Gemeinderat Philippe Meerwein sagt, er habe ein Alternativprojekt. Dann sollte der Rat das anschauen und feststellen, ob man das direkt entscheiden kann. Sonst stimmt die SP dem Antrag von Beatrice Büschlen zu, das in eine Kommission zu überweisen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erläutert, wenn der Standort Brückenstrasse nicht ausgeführt werden könne, könnte man anstelle einer Teilaufstockung eine Gesamtaufstockung am Standort Birkenweg machen. Man würde also nicht nur ein halbes Geschoss, sondern ein ganzes Geschoss erstellen. Der bisherige Antrag am Standort Birkenweg umfasst eine Investition von 375 000 Franken und wäre neu bei 560 000 Franken. Die Mietfolgekosten sind im bisherigen Antrag bei 150 000 Franken. Neu wären es Mietfolgekosten von 235 000 Franken. Der Gemeinderat hat eine Kostenrechnung über 5 Jahre gemacht. Bei der Aufstockung Birkenweg kommt man für einen Kindergarten inkl. Miete für 5 Jahre auf 640 000 Franken. Da sind die Erstellungs-, die Rückbau- und die Mietkosten dabei. Bei der Brückenstrasse sind es 750 000 Franken. Es ist korrekt, dass der Standort Brückenstrasse eine Spur teurer ist.

Daniel Zimmermann, FDP findet, es sei heute fast wie Weihnachten. Die Gemeinde kann den Spielplatz erhalten und erst noch Geld sparen. Da fragt er sich, wieso man diesen Vorschlag nicht von Anfang an in die Vorlage integriert hatte. Für die FDP ist das einleuchtend.

Beatrice Büschlen, Grüne erklärt, wenn der Gemeinderat auf den Standort Brückenstrasse verzichten würde und den Standort Birkenweg aufstocken möchte, dann müsste dieser Antrag nicht in die Spezialkommission Schulraumplanung überwiesen werden. In der Schulraumplanung werden die Schülerzahlen sowieso diskutiert. Sie weiss nicht, wie die Einwohnerratspräsidentin nun abstimmen möchte.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte darauf aufmerksam machen, dass der Standort Birkenweg / Mühlematt am Rand der Gemeinde Binningen sei. Es gibt dort schon zwei Klassenzüge, ein dritter wird

eröffnet. Die Kinder haben einfach einen langen Schulweg. Der Schulweg geht ja noch, aber es geht um Kindergartenkinder - 4 bis 5jährige Kinder -, die bis zu 2,4 km laufen müssten. Das ist grenzwertig. Wenn der Einwohnerrat den Kindergarten dort aufstellen möchte, dann muss er mit den Konsequenzen leben. Dann wird der Gemeinderat kommunizieren, weshalb das so ist.

Gaida Löhr, SP wüsste das mit den 2,4 km gerne genau. Es wird ein Kindergarten im Altersheim eröffnet. Es geht darum entweder einen Kindergarten an der Brückenstrasse oder beim Mühlemattschulhaus zu eröffnen. Dazwischen sind keine 2,4 km, sondern 800 Meter.

Daniel Zimmermann, FDP merkt an, der Einwohnerrat spiele jetzt den Spielplatz gegen den Weg aus. Es gibt keine Alternative. Der Gemeinderat bringt einen Vorschlag mit einer Aufstockung, die günstiger kommt. Es ist grenzwertig, das ist wohl allen bewusst. Aber auf der anderen Seite steht der Spielplatz auf dem Spiel. Für eine Variante muss sich der Rat heute Abend entscheiden.

Roman Oberli, SVP fragt nach, ob der Gemeinderat den Alternativvorschlag auf sicher stelle.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP schlägt vor, über Antrag 1 abzustimmen. Wenn Antrag 1 abgelehnt wird, wird der Gemeinderat den Alternativantrag stellen und den Antrag 2 erhöhen, wie er dies davor geschildert hat.

Rahel Bänziger, Grüne erinnert daran, dass die Grünen den Antrag gestellt haben, Antrag 1 in die Schulraumplanungskommission zu überweisen. Sie würde beliebt machen, dass zuerst über Antrag 2 abgestimmt wird. Dort hat der Gemeinderat eine Version 1 und eine Version 2. Man müsste ausmehren für welche dieser Variante sich der Einwohnerrat entscheidet. Der Gemeinderat kommt mit zwei Anträgen für Punkt 2. Also müsste man zuerst darüber abstimmen.

Daniel Zimmermann, FDP erklärt, dass es für ihn relativ einfach sei. Man kann zuerst über die Überweisung an die Spezialkommission abstimmen und danach die anderen Anträge bringen.

Beatrice Büschlen, Grüne ergänzt, wenn der Antrag 1 in die Schulraumplanung überwiesen werden würde, könnte man die Gelegenheit nutzen, auch die Anträge der FDP und CVP anzuschauen. Das wird die Spezialkommission Schulraumplanung sowieso machen. Wenn die Variante Aufstockung Birkenweg angenommen wird, ist der Antrag 1 und auch die Bearbeitung in der Kommission obsolet.

Simone Abt, SP schlägt – nachdem sie eine Weile bei diesem komplexen Geschäft zugehört hat – vor, dass der Rat, wie von Rahel Bänziger vorgeschlagen, zuerst über Antrag 2 abstimmen sollte. Sie hat das Gefühl, dass Antrag 1 eher von Antrag 2 abhängt, als umgekehrt. Für die Votantin persönlich wäre es klarer, wenn man für einmal das Pferd von hinten aufzäumen könnte.

Thomas Hafner, CVP hat noch eine Frage. Wenn der Einwohnerrat Antrag 1 in die Schulraumplanung zurückweisen würde, dann würde es Februar werden bis das Geschäft wieder in den Rat kommen könnte. Er möchte vom Gemeinderat wissen, ob das noch reichen würde.

Rahel Bänziger, Grüne äussert, dass das Verfahren abgekürzt werden könne. Es sollte zuerst über die zwei Alternativen von Antrag 2 abgestimmt werden. Danach weiss man wie weiter und die Frage der Spezialkommission stellt sich möglicherweise gar nicht mehr. Die richtungsweisende Abstimmung ist, ob am Standort Birkenweg eine Teil- oder Ganzaufstockung erfolgen soll. Möchten die Mitglieder des Einwohnerrats die günstigere Lösung am Standort Mühlematt oder oben eine Lösung, bei welcher ein Spielplatz aufgehoben wird?

Die Präsidentin möchte über die beiden Varianten des Antrags 2 abstimmen lassen. Die erste Variante, in der Antrag 2 der Vorlage, welche dem Alternativvorschlag des Gemeinderats gegenübergestellt wird. Der Alternativvorschlag lautet wie folgt:

Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit für die Aufstockung des Provisoriums am Birkenweg in der Höhe von CHF 560 000 (inkl. MwSt. von 8.0%) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10% und Mietfolgekosten von jährlich CHF 235 000.

Thomas Häfele, FDP möchte wissen, ob der Antrag 2b nicht auch beinhalten müsste, dass Antrag 1 zurückgezogen wird.

Manuel Mohler, FDP gibt zu Bedenken, dass der Antrag 1 korrekterweise dem Alternativantrag gegenübergestellt werden müsste. Nur dann hat der Rat die Möglichkeit, beispielsweise auch Antrag 1, wie er in der Vorlage steht, abzulehnen und nur den jetzigen Antrag 2 anzunehmen. Mit dieser Variante weiss man, wo die Präferenz liegt. Dann sind alle Optionen offen und es ist auch sauber.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP stellt für die Abstimmung den bisherigen Antrag 1 den Alternativvorschlag des Gemeinderats gegenüber.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 (Brückenstrasse): 2 JA

Alternativvorschlag des Gemeinderats (Gesamtaufstockung Birkenweg): 32 JA

Enthaltungen: 4 Enthaltungen

://: Der Alternativvorschlag des Gemeinderat obsiegt gegen Antrag 1 der Vorlage.

Die Präsidentin merkt an, mit diesem Ergebnis sei Antrag 2 der Vorlage obsolet, weil die Vollaufstockung genehmigt wurde. Damit kommt der Rat zu Antrag 3.

Andrea Alt, CVP hat noch eine Frage zu Antrag 3. Die 100 000 Franken sind für 12 Monate Miete. Die Gemeinde mietet aber eigentlich erst ab August. Dann müssten es doch eigentlich 50 000 Franken fürs Budget sein und nicht 100 000 Franken.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP führt aus, dass der Mietvertrag mit dem bisherigen Stiftungsrat APH ausgehandelt wurde. Die Gemeinde braucht einen gewissen Vorlauf, um die Räumlichkeiten vorzubereiten. Es ist so, dass die Räumlichkeiten bereits ab Februar gemietet werden. Man hat etwas viel Vorlauf, das ist klar. Ein halbes Jahr würde halb so viel kosten.

Manuel Mohler, FDP gibt an, der Einwohnerrat müsse nun den Antrag, welcher obsiegt habe, dem bisherigen Antrag 2 gegenüberstellen. Damit alle, die eigentlich nur den Kredit über 375 000 Franken sprechen möchten, diese Gelegenheit erhalten. Er möchte nicht zu formalistisch sein, aber das wäre das korrekte Vorgehen.

Rahel Bänziger, Grüne fragt nochmals nach bezüglich der Mieten des Schlossackers. Werden die Räumlichkeiten nun von Januar an gemietet und die Kinder gehen erst im August rein? Macht man das dem APH zuliebe? Sie denkt, man müsste das ganz klar ausweisen. Wenn die Gemeinde den Raum erst ab August benötigt, dann muss er nicht ab Februar gemietet werden. Es sei denn es braucht 5 Monate Umbauzeit. Dann müsste aber irgendwo das Geld für den Umbau aufgeführt sein und das liegt nicht vor.

Roman Oberli, SVP möchte beliebt machen, zuerst über die beiden Varianten des Antrags 2 abzustimmen, und sich danach um die Frage zu Antrag 3 zu kümmern. Er stellt einen entsprechenden Ordnungsantrag.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP fasst den Stand der Dinge kurz zusammen, da inzwischen ein Ordnungsantrag vorliegt. Es wurde bereits entschieden, dass beim Provisorium Birkenweg eine Aufstockung gemacht wird für 560 00 Franken. Das heisst implizit, dass der Antrag 2 der ursprünglichen Vorlage, die Teilaufstockung, durch die Vollaufstockung ersetzt wird.

Roman Oberli, SVP ist der Meinung, dass einige Sachen vermischt wurden. Man hätte über Antrag 1 separat abstimmen müssen. Wäre dieser abgelehnt worden, hätte man in einem zweiten Punkt über die beiden Varianten abstimmen können. Dann wäre es nicht zu dieser Diskussion gekommen.

Simone Abt, SP meint, durch das bisherige Vorgehen sei der ursprüngliche Antrag 2 hinfällig. Ursprünglich hätte man die beiden Anträge 2 gegeneinander ausmehren sollen. Es wurde davor festgehalten – nach Meinung der Votantin zu recht –, dass es eine gute Sache gewesen wäre, zuerst die Behandlung von Antrag 2 anzugehen, weil Antrag 1 bis zu einem gewissen Grad von Antrag 2 abhängt. Jetzt hat man einfach Antrag 1 gegen Antrag 2 abgestimmt, was nicht wirklich sinnvoll war. Dadurch wurde der ursprüngliche Antrag 2 eliminiert. Antrag 2 kann man jetzt nicht im Nachhinein gegen den Alternativantrag ausmehren, der bereits Antrag 1 eliminiert hat. Das wäre nicht richtig.

Stefan Appenzeller, SP fragt den Gemeinderat an, ob er zur Vereinfachung und, um das Resultat der ersten Eventualabstimmung zu berücksichtigen, seine ursprünglichen Anträge 1 und 2 zurückziehen und durch den Alternativantrag mit Vollaufstockung am Standort Birkenweg ersetzen würde. Das würde das ganze Abstimmungsverfahren vereinfachen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP nimmt die Anträge 1 und 2, wie sie im Geschäft formuliert waren, gerne zurück und ersetzt sie durch den Alternativvorschlag, welchem der Einwohnerrat bereits zugestimmt hat.

ABSTIMMUNG

Alternativvorschlag des Gemeinderats: 34 JA / 4 Enthaltungen

Antrag 3: grossmehrheitlich abgenommen

Antrag FDP (Gesamtkonzepts zur demographischen Entwicklung der Bevölkerung): 36 JA / 2 Enthaltungen

Gaida Löhr, SP erscheint es widersinnig, wenn man einen dringenden Antrag 15 Monate zuvor stellen müsste. Dass man grundsätzlich den Antrag 15 Monate davor stellt, damit könnte sie noch leben. Ein dringender Antrag ist nicht 15 Monate im Voraus.

ABSTIMMUNG

Antrag CVP (Provisorien dem Einwohnerrat 15 Monate im Voraus vorlegen): mehrheitlich abgenommen

Roman Oberli, SVP findet, dass es so nicht gehe. Wenn man schon Stimmen auszählt, dann muss man am Ende auch genaue Zahlen vorlegen. Er bittet um etwas mehr Konzentration bei den Stimmenzählern.

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit für die Aufstockung des Provisoriums am Birkenweg in der Höhe von CHF 560 000 (inkl. MwSt. von 8.0%) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10%, und Mietfolgekosten von jährlich CHF 235 000.

- ://: 2. Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit für die Miete der ehemaligen Spitex-Räumlichkeiten im APH Schlossacker in der Höhe von CHF 100 000 (inkl. MwSt. von 8.0%) und für bauliche Anpassungen und das Mobiliar in der Höhe von CHF 100 000 (inkl. MwSt. von 8.0%) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10%.
- ://: 3. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Ausarbeitung eines transparenten Gesamtkonzepts zur demographischen Entwicklung der Bevölkerung, insbesondere die damit zu erwartenden Schülerzahlen und der damit notwendige Schulraumbedarf für einen längerfristigen Zeitraum von dato bis Schuljahr 2025/2026 in Binningen, welche die notwendige Planungssicherheit für zukünftige Projekte bringt. Termin der Einwohnerratsvorlage: bis spätestens 2. Quartal 2017.
- ://: 4. Zukünftige Anträge für dringend notwendige Provisorien im Zusammenhang mit der Schulraumplanung in Binningen sollen dem Einwohnerrat frühzeitig (min. 15 Monate im Voraus) vorgelegt werden.

Die Präsidentin stellt den Antrag die Traktandenliste umzustellen und als nächstes die zweite Lesung des Vergütungsreglements zu behandeln. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat beim Vergütungsreglement einen Schritt weiter kommt.

://: Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst.

Traktandum 5

Nr. 203/XI

Teilrevision Vergütungsreglement, 2. Lesung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Rahel Bänziger, Grüne teilt mit, die Grüne-Fraktion werde in der zweiten Lesung dem Vergütungsreglement zustimmen. Die Votantin hat aber eine Motion eingereicht zur Totalrevision des Vergütungsreglements. Vor allem die Vergütung des Gemeindepräsidiums im Vergleich zu den andern Gemeinderäten soll den aktuellen Verhältnissen angepasst werden. Zudem sollen die zeitlichen Belastungen der einzelnen Geschäftskreise angemessen abgebildet werden. Auch die Vergütungen der Behörden sollen angeschaut werden. Es wurde bereits gehört, dass wahrscheinlich sehr viele neue Fälle auf die Sozialhilfebehörde zukommen. Da stellt sich die Frage, ob der Aufwand dort zeitlich richtig abgebildet werde. Dann gibt es noch zwei Paragraphen, welche auch angepasst werden müssten. Deshalb hat die Rednerin die Motion zur Totalrevision des Reglements eingereicht.

Zudem wurde dem Einwohnerrat in einer Postulatsantwort von Sven Inäbnit, welche am 26. Mai 2014 abgeschrieben wurde, versprochen, dass der Gemeinderat bei einer nächsten Revision des Vergütungsreglements einen weitergehenden Aspekt prüfen will, in casu ob detaillierter aufgezählt werden soll, welche Tätigkeiten und Spesen in den jeweiligen Pauschalen inbegriffen bzw. zusätzlich zu vergüten sind. Das hat auch gefehlt in dieser Teilrevision. Es wäre eine Möglichkeit diesen Input der FDP bei einer Totalrevision aufzunehmen. Die Grünen werden, da es für die Feuerwehr eilt, der vorliegenden zweiten Lesung zustimmen - einfach mit dieser Motion, welche sie gerne überwiesen hätten.

Susanna Keller, SVP erläutert, dass sich der Einwohnerrat heute auf vielseitigen Wunsch die zweite Lesung der Revision des Vergütungsreglements vornehme. Die SVP-Fraktion hat die überarbeitete Vorlage

studiert und sieht, dass die bemängelten Punkte angepasst wurden und vor allem, dass die Feuerwehr im neuen Reglement in ihrer Vergütung gleichbehandelt wird. Besten Dank dafür. Die SVP wird den Anträgen 1 und 2 des Gemeinderats zustimmen.

Simone Abt, SP führt aus, dass die SP ebenfalls feststellen durfte, dass die beanstandeten Punkte – zumindest die Wichtigsten – zur Zufriedenheit der Fraktion berichtigt wurden. Sie hatten bei ihrem Votum zur ersten Lesung zwei, drei Details erwähnt, welche man allerdings als Kosmetik anschauen kann. Darum winkt die SP das Geschäft heute ebenfalls durch und wird den beiden Anträgen zustimmen.

Stephan Meyer, FDP erklärt, dass die FDP-Fraktion die beiden Anträge unterstütze, so wie sie vorliegen.

Patricia Bräutigam, CVP dankt der Verwaltung Namens der CVP-Fraktion für die Überarbeitung des Reglements. Sie hat nur eine kleine Anmerkung: Auf Seite 3 der Synopse wurde die Vormundschaftsbehörde bei § 4 Abs. 7 doppelt erwähnt. Das sollte noch geändert werden. Die CVP ist mit der Teilrevision einverstanden und wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Die vollzogenen Änderungen, vor allem bei der Feuerwehr, sind für sie nachvollziehbar und fair. Es handelt sich hier nur um eine Teilrevision. Die Fraktion ist aber auch der Meinung, dass eine Totalrevision des Reglements vollzogen werden sollte. Deshalb wird sie der Motion von Rahel Bänziger zustimmen.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: einstimmig JA

Antrag 2: einstimmig JA

BESCHLUSS

://: 1. Die Teilrevision des Vergütungsreglements wird beschlossen.

://: 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das Reglement nach Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion Basel-Landschaft rückwirkend per 1. Juli 2016 in Kraft zu setzen.

Traktandum 4

Nr. 183/XI

Teilrevision Parkraumreglement, Bericht der BPK

://: Verschoben.

Traktandum 6

Nr. 25

Legislaturprogramm 2016-2020

://: Verschoben.

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP übergibt das Wort an Gemeinderätin Caroline Rietschi zur Beantwortung der Anfrage Nr. 26.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP beantwortet die Anfrage sehr gerne. Die Resultate der Studie zum Werkhof: Der letzte Stand ist die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2014. Seither gibt es nichts Neues. Dort wurden drei Standorte geprüft: Holzmatt, Friedhof und Birkenweg. Weiteres wurde nicht verfolgt oder konkret geplant. Die Planung wird nach Vorliegen des neusten Standes der Liegenschaftsstrategie fortgesetzt. Das ist immer noch der Stand von 2014.

Zur Frage 2: Eine Tendenz für einen Neubau oder für die Standortfrage gibt es entsprechend noch nicht, weil man das nicht weiterverfolgt hat. Die 5 Millionen, welche in der Liegenschaftsstrategie sind, sind in diesem Fall auch immer noch ausreichend, weil nichts Neues bekannt ist. Auch bei Frage 4 muss die Gemeinderätin auf die Liegenschaftsstrategie verweisen. Sobald der Gemeinderat dort einen Schritt weiter ist, kann er auch sagen, wann er mit der Vorlage kommt. Ein Legislaturziel ist, dass am Ende der Legislatur die Planung für den Werkhof bereit steht. Irgendwann in dieser Zeit wird dem Einwohnerrat die Vorlage unterbreitet. Genaueres kann die Gemeinderätin momentan noch nicht sagen. Auch die letzte Frage ist von der überarbeiteten Liegenschaftsstrategie abhängig. Sobald das klar ist, kann man diese Frage beantworten.

MITTEILUNGEN

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP kommt auf die Einwohnerratssitzung vom 3. November 2014 zurück. An dieser Sitzung reichte Peter Buess eine Anfrage ein betreffend der Kunstwerke in Binningen. Der Gemeinderat hat damals zugesichert, dass er diese Sache anschauen und eine Erhebung in Auftrag geben werde. Er kann heute sagen, dass dies erledigt wurde. Im Jahr 2015 wurden die Bilder von der Kulturgütergruppe im Zivilschutz VBZL erhoben, im 2016 die Skulpturen. Das Gesamte ist erfasst und in den KGS Unterlagen des Kantons ersichtlich. Die Dokumentation liegt auf der Gemeinde auf. Er bittet den Einwohnerrat um Kenntnisnahme. Damit hat der Gemeinderat seine Bringschuld erfüllt.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP informiert den Einwohnerrat, dass der Apéro am Dienstag, 3. Januar 2017 sichergestellt sei. Der Gemeinderat lädt den Einwohnerrat zusammen mit der Bevölkerung sehr gerne zu diesem Apéro im Kronenmattsaal ein.

Gemeindepräsidentin Susanne Tribolet, SP bedankt sich für das weihnachtliche Gebäck, welches die Einwohnerräte heute auf ihren Sitzplätzen vorgefunden haben. Sie wünscht den Anwesenden schöne Festtage, eine besinnliche Adventszeit und hofft, dass sie etwas zur Ruhe kommen und die Zeit mit Freunden und Familien geniessen werden. Mit Musik, in der Natur, oder was auch immer jedem einzelnen liegt. Der Mitglieder des Einwohnerrats treffen sich spätestens Anfang Februar oder wenn möglich natürlich am Neujahrsapéro in diesen Räumlichkeiten wieder.

Die Sitzung endet um 22.10 Uhr.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am 6. Februar 2017, 19.30 Uhr, statt.